

Weiterbildung: Kanton verlangt mehr

Zürich. – Berufsschulen erhalten weniger Staatsbeiträge an ihre Weiterbildungskurse. Mit dem Sanierungsprogramm 04 verlangte der Regierungsrat, dass die Kurskosten künftig die Lohnkosten des Lehrpersonals decken müssten, was etwa 70 Prozent der Gesamtkosten entspricht.

Diese Massnahme bringt nun verschiedene Berufsschulen in Not, da sie die Kursgelder teilweise massiv erhöhen müssen. Laut Ursula Braunschweig, SP-Kantonsrätin und Berufsschullehrerin, müssen in verschiedenen Schulen Kursangebote, vor allem bei den Fremdsprachen, einge-

stellt werden. Der Regierungsrat betonte gestern in seiner Antwort auf eine Anfrage Braunschweigs, dass der Staat nur dann für berufsorientierte Weiterbildung sorgen müsse, wenn sie nicht zu erschwinglichen Preisen von Privaten angeboten werde. Gerade im Bereich der Fremdsprachen gebe es im Kanton Zürich viele nicht staatliche Kursanbieter, die günstig qualitativ hoch stehende Weiterbildung verkauften. Ausnahme seien Deutschkurse für Fremdsprachige. Darum wolle sich der Kanton in diesem Bereich weiter engagieren. (sch)